

Gemeinsame Presseerklärung

Gefahr auf Baustellen der Bahn: IG Bau und Deutsche Umwelthilfe fordern von Regierung strengere Auflagen gegen Dieselruß

„Kompromiss“ zur Ausschreibungsregelung der deutschen Bahn schützt nicht vor krebserregenden Dieselabgasen

Frankfurt/Berlin, 8.11.2013: Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) fordern die Bundesregierung und die Deutsche Bahn auf, sich entschieden für wirksame Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit auf deutschen Baustellen einzusetzen. Auch die Bauwirtschaft kritisieren die Gewerkschaft und die Umweltschutzorganisation für ihre Blockadehaltung bei der Durchsetzung strengerer Auflagen gegen Dieselruß.

„Die Deutsche Bahn hat ihr Versprechen nicht gehalten, 2013 eine Filterpflicht auf ihren Baustellen einzuführen. Stattdessen hat sie sich von der Bauindustrie zu einer Regelung drängen lassen, die für den Gesundheitsschutz von Arbeitern und Anwohnern völlig ungenügend ist“, sagt der Bundesgeschäftsführer der DUH Jürgen Resch. *„Auf der anderen Seite hat das Baugewerbe gezeigt, dass es kein verlässlicher Partner ist, indem es den selbst verhandelten Minimalkompromiss am nächsten Tag öffentlich scharf kritisiert hat.“* Die DUH appelliert an die Bahn, sich an ihre gegebenen Zusagen zu halten und fordert die Nachbesserung der bestehenden Regelung zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Die Verweigerungshaltung der Bauwirtschaft, die längst weiß, dass auch moderne Maschinen ohne Filter in hoher Anzahl ultrafeine und gesundheitsschädliche Partikel ausstoßen, bezeichneten IG BAU und DUH als ignorant. Immerhin ist die Verwendung von Filtern in Baumaschinen in Deutschland nicht neu. Bei Arbeiten in geschlossenen Räumen kommen sie seit Jahren zum Einsatz. Die Forderung der Verbände stellt damit keine neue technologische Herausforderung dar, sondern beinhaltet lediglich die Erweiterung seit Jahren bestehender Vorgaben. Entgegen den Aussagen der Bauindustrie kann es deshalb keine offenen verwaltungsrechtlichen Fragen geben, weil die Nachrüstung von Baumaschinen bereits Praxis ist.

„Die Argumente des Baugewerbes sind fadenscheinig, schlecht recherchiert und verhöhnen das Recht der Arbeiter auf den Baustellen nach Arbeitsbedingungen, die ihrer Gesundheit nicht schaden. Hierzu sind die Baufirmen per Gesetz verpflichtet, doch um die vergleichbar geringen Kosten für die Nachrüstung zu sparen, setzen sie mit der Unterstützung der Regierung lieber die Gesundheit und das Leben der Arbeiter aufs Spiel“, sagte der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO bestätigte im Sommer 2012 die eindeutig krebserregende Wirkung von Dieselabgasen. Vor allem Beschäftigte auf Baustellen sind von den hochgiftigen Emissionen betroffen, wie zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen gezeigt haben. Dennoch verhindert die Bauindustrie auf europäischer Ebene seit Jahren ausreichend strenge Grenzwerte für den Gesundheitsschutz. Dabei ist längst klar, dass nur die Umstellung auf Maschinen mit Partikelminderungssystem sowie die Nachrüstung des aktuellen Bestands die Bauarbeiter schützen können. Diese Filtersysteme müssen strengen Zulassungskriterien (VERT Standard) entsprechen, die nur eine minimale Verbrauchssteigerung und keine Erhöhung der Luftschadstoffe zulassen. Dass dies möglich ist, beweist die Schweiz mit ihren über 30.000 nachgerüsteten Maschinen seit Jahren.

Aus diesem Grund fordern IG BAU und DUH die Bundesregierung als Eigentümerin der Bahn auf, sich für die notwendige Durchsetzung der zugesagten Filterpflicht einzusetzen und den Minimalkompromiss der Industrie nicht zu akzeptieren.

Kontakt:

Ruprecht Hammerschmidt, IG BAU-Pressesprecher

Tel.: 069 95737-135, E-Mail: presse@igbau.de

Daniel Eckold-Hufeisen, DUH-Pressesprecher

Tel.: 030 2400867-22, E-Mail: eckold-hufeisen@duh.de